

## Liebe Leserinnen und Leser



Die Luzerner Regierung hat den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2023–2026 zu Händen des Kantonsrates verabschiedet. In der Oktober Session wird der Kantonsrat darüber befinden. Der Kanton konnte in den letzten Jahren seine Finanzlage markant verbessern und verfügt aktuell über einen soliden Finanzhaushalt. Das ist auch dem Engagement der SVP Kanton Luzern zu verdanken. Und dies obwohl – oder gerade auch weil – die SVP immer alle Vorlagen bekämpfte, die eine Erhöhung der Steuern vorsahen und sich für die Steuerfussenkung aussprach. Wie sich zeigt, sind Steuererhöhungen doch nicht die richtige Lösung.

Den Luzerner Kantonshaushalt auf solide Füße zu stellen war ein Kraftakt. Vor diesem Hintergrund ist nicht verständlich, dass der Regierungsrat in

verschiedenen Bereichen gleich wieder Mehrausgaben plant. Bereits im Jahr 2024 drohen deshalb wieder Defizite. Diese Entwicklung ist insbesondere dem hohen Ausgabenwachstum geschuldet. Der Regierung ist es nicht gelungen, den bewussten Sprung der Ausgaben im Hinblick auf das Budget 2022 wieder zu bremsen. Es ist wenig erstaunlich, dass die Einnahmen mit diesem laufenden Ausgabenwachstum mittelfristig nicht Schritt halten können. Wir fordern deshalb das Ausgabenwachstum frühzeitig zu bremsen.

Wir stehen in bestimmten Bereichen zu einem Ausbau der Leistungen, etwa bei der Luzerner Polizei. Es ist aber nicht nachvollziehbar, dass das Aufwandswachstum in allen Bereichen stattfindet. Als Folge dieser Strategie, wachsen die Ausgaben im Trend deutlich schneller als die Einnahmen. Diese Entwicklung ist beunruhigend. Wenn es gelingt, das Ausgabenwachstum zu bremsen und die Attraktivität unseres Kantons zu erhalten, ist eine ausgewogene Entwicklung des Finanzhaushalts möglich. Dafür muss die Luzerner Politik aber zu ihrer konsequenten Finanzpolitik zurückfinden. Die SVP Kanton Luzern wird sich dafür einsetzen.

Angela Lüthold-Sidler  
Präsidentin SVP Kanton Luzern

### Wichtiges im Sept./Okt. >>>

- 19** | Kantonsratssession (Zusatztag)
- 25** | Eidgenössische und Kantonale Abstimmungen
- 18** | Sessionsrückblick mit Franz Grüter in Meierskappel

### 25. September 2022

Volksabstimmung: Parolen SVP Kanton Luzern





## AHV stabilisieren

**Am 25. September 2022 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Reform zur Stabilisierung der AHV ab. Die Vorlage hat zum Ziel, die Finanzen der AHV für die nächsten zehn Jahre zu sichern sowie das Niveau der Rentenleistungen zu erhalten. Ohne Massnahmen wird die AHV bereits 2025 mehr Geld ausgeben als einnehmen.**

Die Altersvorsorge der Schweiz setzt sich aus drei Säulen zusammen: Die AHV, die berufliche Vorsorge und die individuelle Vorsorge. Die AHV sichert den Grundbedarf der ganzen Bevölkerung und funktioniert nach dem Umlageverfahren. Die AHV nimmt Geld der aktiv Versicherten ein und zahlt dieses direkt den Pensionierten aus. Die finanzielle Lage der AHV hängt entscheidend von der demografischen Entwicklung, der Lebenserwartung und dem Gang der Wirtschaft ab. Nimmt die Zahl der Menschen über 65 Jahren zu, steigen die Ausgaben, da mehr Renten ausbezahlt werden. Leben die Menschen länger, steigen die Ausgaben ebenfalls, da länger Renten ausbezahlt werden.

### Zusätzliche Einnahmen

Die finanzielle Stabilität der AHV ist in Gefahr, weil geburtenstarke Jahrgänge das Pensionsalter erreichen und die Lebenserwartung steigt. Die Einnahmen der AHV reichen in wenigen Jahren nicht mehr aus, um alle Renten zu finanzieren. Die Reform zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) soll die Renten der AHV für die nächsten rund zehn Jahre sichern. Sie sieht sowohl Einsparungen als auch Mehreinnahmen vor. Zusätzliche Einnahmen bringt die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Gunsten der AHV: Der reduzierte Steuersatz wird von 2,5 auf 2,6 Prozent erhöht, der Normalsatz von 7,7 auf 8,1 Prozent. Nahrungsmittel zum Beispiel werden nur mit 0.1 Prozentpunkten mehr belastet. Mit dieser einfachen Massnahme leisten alle Generationen einen Beitrag zur Sicherung der Altersvorsorge. Dieser wich-

tige Teil der Reform wird jährlich etwa 1,4 Mrd. CHF in die AHV-Kasse bringen.

### Anpassung der Leistungen

Neu soll auch ein einheitliches Rentenalter von 65 Jahren für Frauen und Männer gelten. Das Rentenalter der Frauen wird schrittweise von 64 auf 65 erhöht. Diese Erhöhung wird mit Ausgleichsmassnahmen abgedeckt. Tritt die Reform wie geplant im Jahr 2024 in Kraft, werden sich Frauen der Jahrgänge 1961 bis 1969 zu besseren Bedingungen vorzeitig pensionieren lassen können oder einen Zuschlag auf ihren AHV-Renten erhalten, wenn sie bis 65 arbeiten. Die Reform bringt zudem mehr Flexibilität. Es wird möglich sein, den Übergang in den Ruhestand zwischen 63 und 70 frei zu wählen und die Erwerbstätigkeit dank Teilrenten schrittweise zu reduzieren.

### Gut funktioniert

Die AHV zählt zu den wichtigsten sozialen Errungenschaften der Schweiz. Seit 1948 haben alle Menschen in unserem Land Anspruch auf eine Altersrente. Dieses System, das auf der Solidarität zwischen den Generationen basiert, hat gut funktioniert, solange es wesentlich mehr Berufstätige als Personen im Ruhestand gab. Dies hat sich in den letzten 74 Jahren jedoch stark verändert. Bei Einführung der AHV finanzierten noch 100 Erwerbstätige 15 Pensionierte. Ohne Korrektur müssen in acht Jahren 100 Erwerbstätige bereits für 40 Pensionierte aufkommen. Das kann nicht aufgehen. Mit der AHV 21-Reform gelingt es, die AHV in den nächsten Jahren vor einer finanziellen Schieflage zu bewahren. Das ist auch eine Frage der Fairness. Zukünftige Generationen sollen nicht nur einzahlen, sondern ebenfalls noch von der AHV profitieren können. Diese Reform besteht aus zwei Vorlagen, die miteinander verknüpft sind; wenn eine der beiden abgelehnt wird, scheitert die ganze Reform. Die Delegierten der SVP Kanton Luzern haben für beide Vorlagen die Ja-Parole gefasst.

### Nachgefragt bei



**Monika Rüegger**  
Nationalrätin (OW)

### Weshalb stimmen Sie zwei Mal Ja bei der AHV Reform?

Der AHV geht es schlecht. Um die Renten zu sichern – auch für künftige Generationen – braucht es am 25. September dringend 2x Ja an der Urne. Ohne substanzielle, strukturelle Korrekturen und Zusatzfinanzierung wird die AHV schon 2025 mehr Geld ausgeben als einnehmen.

Im Jahr 2035 fehlen bereits 9 Milliarden Franken – dieses Defizit müssten die arbeitende Bevölkerung und die Jungen teuer bezahlen. Übernehmen wir Verantwortung für die kommenden Generationen; auch unsere Kinder und Enkelkinder sollen künftig auf eine gesicherte Altersrente zählen dürfen.

Mit der AHV 21-Reform ermöglicht, die AHV in den nächsten Jahren vor einer finanziellen Schieflage zu bewahren.

Und letztlich ist auch eine Frage der Fairness: Zukünftige Generationen sollen nicht nur einzahlen, sondern ebenfalls noch von der AHV profitieren können.







## Stärkung des Werkplatzes

**Am 25. September 2022 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer ab. Die Reform der Verrechnungssteuer ist eine Win-Win-Situation.**

Der Bund erhebt auf Einkommen aus Zinsen eine Verrechnungssteuer von 35 Prozent. In der Schweiz wohnende Privatpersonen können diese zurückfordern, wenn sie die Zinsen in der Steuererklärung angeben. Auf Zinsen aus Obligationen fällt die Verrechnungssteuer nur an, wenn die Obligationen in der Schweiz ausgegeben wurden. Um Geld aufzunehmen, geben viele Unternehmen ihre Obligationen deshalb in Ländern aus, in denen keine Verrechnungssteuer erhoben wird.

### Schweizer Wirtschaft zugute

Schweizer Unternehmen sollen Obligationen vermehrt in der Schweiz ausgeben, darum werden mit der Vorlage inländische Obligationen von der Verrechnungssteuer befreit. Schweizer Obligatio-

nen werden so attraktiver. Weiter fällt mit der Vorlage auch die Umsatzabgabe für inländische Obligationen und weitere Wertpapiere weg. Gegen die Reform wurde aus Linken Kreisen das Referendum ergriffen. Das Komitee geht davon aus, dass die Vorlage mehr Steu-  
erhinterziehung zur Folge haben wird.

### Standort stärken

Die Reform will abgewanderte Arbeitsplätze und verloren gegangene Steuereinnahmen in die Schweiz zurückholen und den Schweizer Obligationenmarkt sowie den Werkplatz Schweiz stärken. Bei der Reform würde der Bund jährlich mit gegen 350 Millionen Franken profitieren. Dazu kämen noch einmal bis zu 200 Millionen Franken von geringeren Zins-Kosten. Heute sind im Ausland zudem Obligationen von Schweizer Unternehmen im Wert von 470 Milliarden Franken ausstehend. Dieses Geschäft kann die Schweiz bei einem Ja zurückholen. Die Reform ist eine Win-Win-Situation, die dem Staat und der Wirtschaft nützt. Die Delegierten der SVP Kanton Luzern haben deshalb auch die Ja-Parole gefasst.

## Bild des Monats



### Auslosung der Listennummern für die kommenden Nationalrats- und Kantonsratswahlen 2023

Der Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes, Paul Winiker, und Staatschreiber, Vincenz Blaser, haben am 29. August 2022 die Auslosung der Listennummern für die Nationalrats- und Kantonsratswahlen 2023 vorgenommen. In einer ersten Auslosung wurden den im Kantonsrat vertretenen Parteien die Nummern 1 – 7 zugeteilt. Die SVP Kanton Luzern konnte sich dabei die Listennummer 1 sichern.

Bei der anschliessenden Auslosung wurden die Nummern 8 – 13 den Parteien zugewiesen, die sich bei der Abteilung Gemeinden des Justiz- und Sicherheitsdepartementes gemeldet haben, dass sie bei den Wahlen 2023 mit einer eigenen Liste kandidieren.



## Ja zum Beitrag an den Neubau der Schweizergarde

**Am 25. September 2022 stimmt das Luzerner Stimmvolk über einen Beitrag von 400'000 Franken für den Neubau der Kaserne der Schweizergarde im Vatikan ab. Die Regierung, der Kantonsrat und die SVP Kanton Luzern empfehlen ein Ja zur Vorlage.**

Die 150-jährige Kaserne der Päpstlichen Schweizergarde im Vatikan ist dringend sanierungsbedürftig», sagt Regierungsrat Paul Winiker. «Daher hat sich in der Schweiz eine Stiftung gebildet, die sich für die Finanzierung eines Neubaus einsetzt.» Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf rund 45 Millionen Franken. 16 Kantone wie auch der Bund haben bislang eine Unterstützung zugesagt. Die Kasernenstiftung hat die Kantone um eine Unterstützung in der Höhe von einem Franken je Einwohnerin und Einwohner gebeten. Für den Kanton Luzern würde dies einen Beitrag von 400'000 Franken ergeben. Der Regierungsrat, der Kantonsrat sowie auch die Delegierten der SVP Kanton Luzern haben sich für den Beitrag ausgesprochen.



### Enge Beziehung

Der Kanton Luzern hat einen engen historischen Bezug zur Schweizergarde. Das Gardekommando war während mehr als 300 Jahren (von 1548 bis 1878) ausschliesslich in Luzerner Hand. 24 der 35 bisherigen Schweizergarde-Kommandanten stammen aus dem Kanton Luzern, so auch der aktuelle Kommandant Christoph Graf. Zudem stammt die Mehrzahl, derzeit 23 der 135, Gardisten aus dem Kanton Luzern.

**Mehr Informationen unter:**  
[www.solidaritaetsfranken.ch](http://www.solidaritaetsfranken.ch)

## Schaden abwenden

**Am 25. September 2022 befinden die Schweizer Stimmberechtigten über die Massentierhaltungsinitiative. Die Produktion der regionalen Produkte würde drastisch gesenkt. Importe würden rasant ansteigen. Deshalb braucht es ein nein.**

Die Schweiz hat eines der weltweit strengsten Gesetze zum Schutz der Tiere. Würde und Wohlergehen von Tieren sind geschützt, unabhängig davon, wie viele Tiere an einem Ort gehalten werden. Der Bund fördert zudem landwirtschaftliche Produktionsformen, die besonders naturnah, umwelt- und tierfreundlich sind. Das schreibt die Verfassung bereits vor. Immer mehr Nutztiere leben in speziell tierfreundlichen Ställen und haben regelmässig Zugang ins Freie. Die Initiative will den Schutz der Würde von Nutztieren in die Verfassung aufnehmen. Sie will zudem die Massentierhaltung verbieten. Es gibt aber keine Massentierhaltung wie es die Initianten suggerieren.

### Unnötige Initiative

Die Produktion der regionalen Produkte würde drastisch gesenkt. Importe würden rasant ansteigen, da sich das Konsumverhalten nicht ändern würde. Die neusten Studien belegen auch, dass die Preise um rund 40% steigen werden. Die raumplanerischen Konflikte sind ebenfalls zu erwähnen, denn an Stelle von einer Geflügelmasthalle für 18'000 Hühner, würden in Zukunft neun Ställe an je 2000 Tiere nötig sein, um die Produktion der beliebten Schweizer Poulets zu erhalten.

Deshalb empfehlen die Delegierten der SVP Kanton Luzern am 25. September ein wuchtiges nein zu dieser unnötigen Initiative.

**IMPRESSUM:** Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter [www.svp-lu.ch](http://www.svp-lu.ch) gelesen und heruntergeladen werden. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden. Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: [sekretariat@svplu.ch](mailto:sekretariat@svplu.ch)

**Redaktion & Grafik:** b2000 AG, 6020 Emmenbrücke

**Redaktionsverantwortung:** Parteileitung SVP Kanton Luzern, [sekretariat@svplu.ch](mailto:sekretariat@svplu.ch)